

Marschier! mit den Kommunisten!

Heraus zur Wahl! Jeder Werktätige wählt KPD.!

Werktätige in Stadt und Land!

Übermalls ertönt der Ruf: Heraus zur Wahl!

Diesmal gilt es, die Vertreter zu den Gemeindeparlamenten und Kreistagen zu wählen. Bei diesen Wahlen versuchen die einzelnen Parteien besonders ihre Arbeit in den Gemeinden und Kreisen in den Vordergrund zu schieben ihre Stellung zu der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage in den Hintergrund zu drängen. Die Wählermassen sollen nicht die großen Zusammenhänge sehen, um sie leichter einzufangen. Demgegenüber erklärt die Kommunistische Partei, daß auch die Gemeinde- und Kreistagswahlen politische Wahlen sind und bei der Stimmabgabe die Stellung der einzelnen Parteien zu den großen wirtschaftlichen und politischen Fragen mit ausschlaggebend sein müssen.

Die diesmaligen Wahlen in den Gemeindeparlamenten und Kreistagen haben darum eine besondere Bedeutung, weil sie in der Periode liegen müssen, wo der Kurs der bestehenden Klasse darauf gerichtet ist, all die Lasten und Abgaben den Gemeinden und Kreisen aufzuerlegen.

Die Gemeinden sollen erdröffelt werden. Ihre Selbstverwaltung soll aufgehoben werden.

Das ist das Programm der deutschen Kapitalisten. Offen haben die Schwerindustriellen in ihrem „Notprogramm der Wirtschaft“ ausgesprochen, daß die kommunalen Betriebe in privatkapitalistischen Besitz überführt werden müssen, die sozialen Ausgaben der Kommunen eingeschränkt, die Unterstützungen für die Wohlfahrtsverbände herabgesetzt und die strengste Sparpolitik auf allen Gebieten durchgeführt werden muß. Die Gemeinden sollen also für die arbeitende Bevölkerung nicht die geringste Hilfe mehr schaffen, dafür aber mehr denn je die meckende Kuh für die Großkapitalisten sein, die sich mehr und mehr von jeglichen Steuern befreien und bilden.

Die Kreise sollen zahlen bis zum Bankrott.

Die ganze Steuererhebung ist darauf eingestellt, die den Großkapitalisten erlassenen Steuern durch die Kreise aufbringen zu lassen. Die Kreise sollen die Veränderungen der Gemeinden organisieren helfen und durch eine strenge Kontrolle jegliche Ausgaben für die notleidende Bevölkerung unterbinden.

Dieser ganze Kurs auf Erdröfflung und Aufhebung der Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise kommt sehr deutlich in der Prozedura der Gasfernverlorgung zum Ausdruck. In Hannover ist bereits beschlossen, die städtischen Gaswerke stillzulegen und das Gas von den Kapitalisten aus dem Ruhrgebiet zu beziehen. Dieser Beschluß, der einen wichtigen Teil der Selbstverwaltung der Gemeinde an die Großkapitalisten ausliefert und ihnen eine starke Monopolstellung verschafft, hat die Zustimmung aller Parteien von den Deutschnationalen bis einschließlich der Sozialdemokraten gefunden.

Die Kommunisten kämpfen gegen diese Unterwerfung unter die Großkapitalisten.

Der Staats- und Gemeindearbeiterverband hat sich veranlaßt gesehen, in seinem Organ „Gewerkschaft“ vom 10. Februar 1928, gegen diesen Beschluß Stellung zu nehmen und somit die Stellung der Kommunisten zu billigen. Die Pläne der Ruhrkapitalisten gehen dahin, die

Gasfernleitung von Hannover nach Braunschweig und von dort weiter nach Magdeburg und Berlin zu legen.

Braunschweig und zahlreiche Gemeinden sollen also in der Gasversorgung genau wie Hannover an die Ruhrkapitalisten ausgeliefert werden.

Das muß verhindert werden. Alle Werktätigen, die die Unterwerfung unter die Großkapitalisten verhindern und die Selbständigkeit der Kommunen erhalten wollen, haben nur die eine Wahl, ihre Stimme den Kommunisten zu geben, die als einzige gegen die Gasfernversorgung, gegen die Ruhrkapitalisten getämpft haben.

Gegen die gesamte arbeitende Bevölkerung leht eine große Unternehmerröffnung ein.

Die Unternehmer verweigern kategorisch jegliche Erhöhung der Löhne, obwohl die Preise stark gestiegen sind. Herabsetzung der Löhne und Gehälter, das ist das Ziel der Unternehmer. Mehr als 6 Millionen Arbeiter der verschiedenen Industriezweige stehen vor großen Wirtschaftskämpfen. An der Seite der jede Lohnerhöhung verweigenden Unternehmer steht die Bürgerblockregierung. Jeder Kampf soll mit Hilfe der Schlichtungsmaschine des Reichsarbeitsministers abgemildert werden. Während in Unternehmer und Regierung gegen eine Erhöhung der Löhne und Gehälter kämpfen, heuern sich die Kräfte, die auf die Schultern der arbeitenden Klasse gelegt werden.

Senkung der Besteuerungen und Steigerung der Massenteuern.

das ist der Kurs der von der Bürgerblockregierung eingeschlagen wird.

Die Gemeinden und Kreise müssen sich gegen die drohende Erdröfflung und Aufhebung ihrer Selbstverwaltung mit Entschiedenheit zur Wehr legen. Das ist aber nur möglich, wenn in ihnen die Vertreter des Proletariats sitzen, die zu einem Kampf gegen die Unternehmerröffnung und den kapitalistischen Staat entschlossen sind.

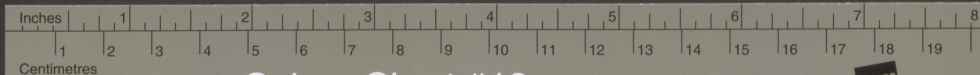
Das aber sind nur die Kommunisten!

Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden des kapitalistischen Staates und sie will durch eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien an dem Wiederaufbau dieses kapitalistischen Staates mitarbeiten. In den Löhnen und Arbeitszeitskämpfen weicht sie der Unternehmerröffnung aus, beugt sich dem Schlichtungsschwindel der Bürgerblockregierung, tritt für eine Stärkung der Reichsgewalt durch ihr Eintreten für den kapitalistischen Einheitsstaat ein, marschiert mit den bürgerlichen Vertretern zusammen und steuert den Kurs auf die Bildung einer Regierung gemeinsam mit Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei.

Die SPD. treibt ein für die Arbeiterklasse gefährliches Doppelspiel.

Auf der einen Seite radikale Worte, auf der anderen Seite reaktionäre Taten. Wie hat das wieder besonders zeigt bei dem Vorstoß der Bürgerblockparteien gegen den Mieterschutz. Im Reichstag weicht sie gegen den Abbau des Mieterschutzes, im Reichsrat stimmen ihre preußischen Vertreter für den Abbau des Mieterschutzes.

Besonders die sozialdemokratische Regierung Braunschweigs zeigt durch ihre bisherige Tätigkeit und vor allem durch ihren



Colour Chart #13

Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

DANES
PICTA
COM